



## Presseinformation

Nr. 193 / 2014

Kiel, Montag, 28. April 2014

Finanzen / Kalte Progression

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Christopher Vogt: Der Abbau der Kalten Progression ist längst überfällig

Zur aktuellen Diskussion über den Abbau der Kalten Progression erklärt der Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Wunder gibt es immer wieder: Die Blockierer von gestern – Schäuble und die SPD – arbeiten nun angeblich an einem Modell zum Abbau der Kalten Progression. Der Abbau der Kalten Progression ist längst überfällig. Wenn inflationsbedingte Lohnerhöhungen gleich wieder von der Steuer ‚aufgefressen‘ werden, ist das zutiefst unsozial und ungerecht. Es handelt sich hierbei um schleichende Steuererhöhungen, die die Belastung der Steuerzahler immer weiter nach oben treiben. Das Ergebnis ist, dass mittlerweile in kaum einem anderen Land die finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch den Staat so hoch ist wie in Deutschland. Entsprechende Entlastungen sind vor diesem Hintergrund also dringend geboten. Im Gegenzug zum Abbau der Kalten Progression nun gleich wieder Steuererhöhungen an anderer Stelle zu fordern, ist schon ziemlich dreist. Bei den Mehreinnahmen aufgrund der Kalten Progression handelt es sich um ungerechtfertigte, zusätzliche Einnahmen, eine Gegenfinanzierung durch höhere Steuern sollte deshalb bei einer vernünftigen Haushaltspolitik gar nicht nötig sein. Es wäre angebracht, endlich bei den Ausgaben auf die Bremse zu treten.

Wenig überraschend ist bei dieser Diskussion, dass mit Finanzministerin Heinold und dem SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Stegner Vertreter der rot-grün-blauen Koalition auf Kompensation pochen. Frau Heinold hat zwar recht, wenn sie die Finanzpolitik der Großen Koalition als unseriös darstellt, aber sie hat angesichts ihrer eigenen Finanzpolitik an dieser Stelle ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Die rot-grün-blaue Landesregierung setzt bei ihrer Finanzpolitik fataerweise auf eine Steigerung der konsumtiven Ausgaben und gleichzeitig auf den Rückgang der Investitionsquote. Zur Wahrheit gehört deshalb leider, dass sich Schleswig-Holstein eine gerechte Steuerpo-

litik durch den wenig nachhaltigen finanzpolitischen Kurs dieser Landesregierung derzeit kaum leisten kann. Frau Heinold streicht die finanzielle Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger durch die Kalte Progression deshalb lieber mal eben im Vorbeigehen ein, anstatt konstruktiv an der gebotenen Entlastung mitzuarbeiten.“